

Revolution im Bildungsbudget: Über 12 Milliarden Euro für unsere Schulen!

Die Bundesregierung investiert 12 Milliarden Euro in die Bildung für 2025, um Unterrichtsqualität zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten.



Nachrichten AG

Österreich - Die neue Bundesregierung hat heute ein umfassendes Bildungsbudget für das Jahr 2025 veröffentlicht, das mit über 12 Milliarden Euro einen beachtlichen Anstieg um 407 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Dieses Ausmaß an Investitionen in Bildung wird von SPÖ-Bildungssprecher Heinrich Himmer als großer gemeinsamer Erfolg gewertet. Angesichts eines hinterlassenen Budgetlochs durch die Vorgängerregierung sind jedoch Einsparungen in anderen Bereichen unumgänglich. Insgesamt müssen 1,1 Milliarden Euro im Staatshaushalt eingespart werden, wobei der Bildungsbereich vorsichtig behandelt wird, um Einschnitte im Klassenzimmer zu vermeiden. Laut **ots.at** erhält der Bildungsbereich über 1 Milliarde Euro mehr für verbesserte

Unterrichtsbedingungen in den Jahren 2025 und 2026.

Das Budget sieht für 2025 spezifische Offensivmaßnahmen in Höhe von 120 Millionen Euro vor, die im Jahr darauf auf 320 Millionen Euro ansteigen sollen. Einsparungen wurden vor allem im Verwaltungsbereich angestrebt, wo rund 51 Millionen Euro eingespart werden sollen. Hierbei wurde nur jede dritte Planstelle im Bildungsministerium nachbesetzt, was ähnliche Maßnahmen in Bildungsdirektionen und Pädagogischen Hochschulen nach sich zieht. Diese Maßnahmen wurden von der Regierung beschlossen, um die finanziellen Mittel effizient zu nutzen und gleichzeitig die Bildungsschwerpunkte zu stärken. **schula.at** ergänzt, dass die Personalkosten, die 86 Prozent des Budgets ausmachen, durch Gehaltsabschlüsse für den öffentlichen Dienst gestiegen sind.

Investitionen in Fachkräfte und Maßnahmen zur Förderung

Ein zentrales Element des neuen Budgets ist die Verdopplung der Anzahl der Deutschförder-Planstellen, um die Sprachförderung gerechter zu gestalten. Für diese Maßnahmen sind in diesem Jahr 55 Millionen Euro und im nächsten Jahr 90 Millionen Euro vorgesehen. Des Weiteren wird ein „Chancenbonus“ in Höhe von 85 Millionen Euro für Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen bereitgestellt. Diese Gelder sollen ab dem Schuljahr 2026/27 mit 65 Millionen Euro jährlich verstärkt werden, um Unterstützung für Schulen mit erhöhtem Förderbedarf sicherzustellen.

Besonders hervorzuheben ist die geplante Schaffung von 570 neuen Stellen für pädagogisch-administrative Fachkräfte bis 2027, die die Lehrkräfte entlasten sollen. Für die vollständige Implementierung dieser Stellen wird eine schrittweise Einführung im Einvernehmen mit der Gewerkschaft vorgesehen. Laut **puls24.at** liegt der Schwerpunkt auf der Qualitätsoffensive im Bildungsbereich, insbesondere in der Elementarpädagogik und den digitalen Lehr- und Lernmitteln. Exemplarisch werden

hier auch zehn Millionen Euro in die Ausbildung von Elementarpädagoginnen und -pädagogen investiert.

Blick in die Zukunft

Für die kommenden Jahre ist zudem die Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres ab 2026 vorgesehen, wobei 80 Millionen Euro dafür budgetiert sind. Dieses neue Konzept ist jedoch abhängig von weiteren Gesprächen mit den Ländern, um die Mittelabruffähigkeit sicherzustellen. Durch die Reformen und Investitionen in die Bildung will die Regierung die Voraussetzungen für künftige Generationen stärken und gleichzeitig der steigenden Anzahl an Schüler:innen gerecht werden. Die Eltern erhoffen sich von den Maßnahmen positive Fortschritte in der schulischen Laufbahn ihrer Kinder in einem zunehmend herausfordernden Bildungsumfeld.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.schule.at • www.puls24.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at